Der Erste Stadtrat Hillgruber führt in den Tagesordnungspunkt 3 „Sozialbericht 2020“ ein. Er erläutert das Vorgehen und die aus Sicht der Verwaltung bestehenden Ziele für die Sitzung. Die im Vorfeld der Sitzung bei der Verwaltung eingereichten Fragen sollen nicht im Einzelnen erörtert werden, da diese umfassend schriftlich beantwortet wurden. Alle dennoch bestehenden und neu entstandenen Fragen sollen aber beantwortet werden. Des Weiteren soll ein Austausch zu zukünftigen Handlungsschwerpunkten stattfinden. Hierzu werden Vertreter/-innen der Verwaltung Impulsreferate einbringen. Darüber hinaus werden die Ausschussmitglieder gebeten, weitere Schwerpunktthemen zu benennen. Die gesammelten Themenvorschläge sollen im Verlauf der Sitzung nach Möglichkeit priorisiert werden. Schließlich soll auf die zukünftige Ausgestaltung der kommunalen Sozialberichterstattung (SBE) eingegangen werden, um ein gemeinsames Verständnis davon zu erreichen, was SBE leisten soll; insbesondere davon, inwiefern SBE Interpretationen zu den dargestellten Daten liefern soll.

Herr Asmussen präsentiert, in Ergänzung zur schriftlichen Beantwortung der entsprechenden Fragen, zu den beiden Themenkomplexen Familienzentren und alltagsintegrierte Sprachbildung, verweist auf deren zukünftige Bedeutung und geht insbesondere auf einen erwarteten Ausbau der sog. Sprachkitas sowie die sozialräumliche Bedeutung der Familienzentren ein. Auf Nachfrage erläutert er den Umgang mit der pandemiebedingten Arbeiterschwerung in den Familienzentren sowie den Mix qualitativer und quantitativer Methoden für die Evaluation der dortigen Arbeit. Aus dem Plenum wird die Bedeutung von Quartiersarbeit hervorgehoben.

Herr Hippe bringt einen Impuls für integrierte Beratung im Quartier ein. Er bezieht sich dabei auf das Förderprogramm AktiF, für das von Seiten der Stadt Neumünster ein Antrag gestellt, aber keine Förderbewilligung erzielt wurde.

Frau Dr. Barth erläutert die Bedeutung der Umsetzung des Handlungskonzeptes Zahngesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen, das bereits im September 2019 von der Ratsversammlung beschlossen wurde. Dies enthält zahlreiche Maßnahmenvorschläge, welche zukünftig in die politischen Entscheidungsprozesse eingebracht werden sollen.

Herr Wittje erläutert den aktuellen Stand und die erwartete Entwicklung im Bereich der sog. verlässlichen Schulkindbetreuung. Er erörtert das in den Schulen sehr unterschiedlich starke Vorhandensein entsprechender Plätze und verweist insbesondere auf einen zukünftigen Rechtsanspruch auf eine solche Betreuung, wodurch ein erheblicher Anstieg des Bedarfs zu erwarten ist.

Herr Brümmer präsentiert einige Beobachtungen und Fragestellungen aus der Perspektive des Armutspräventionsmanagements, die teilweise zunächst widersprüchlich erscheinen und daher in Zukunft in Augenschein genommen werden sollten. Er erörtert, dass trotz einer in vielen Bereichen positiv verlaufenen Entwicklung in Neumünster durch die Covid 19-Pandemie eine Verschlechterung zu erwarten ist. Außerdem weist er darauf hin, dass bspw. auch Bundestrends sich lokal auswirken und Einfluss auf die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten haben.

Aus dem Plenum werden einige Anmerkungen und Rückfragen geäußert, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung aufgenommen und beantwortet werden:

Es wird aus dem Plenum heraus angemerkt, der Bereich der Menschen mit Behinderung sei im Sozialbericht nicht behandelt. Dem wird verwaltungsseitig widersprochen, aber gleichzeitig die Bereitschaft signalisiert, die Berichterstattung diesbezüglich auszubauen.

Aus dem Ausschuss heraus wird der für die Arbeitsmarktentwicklung besondere Wert von Ausbildung und Qualifizierung betont. Herr Hippe verweist darauf, dass hierfür nachhaltige Strukturen erforderlich sind und weist auf die gute Netzwerkarbeit der Jugendberufsagentur hin. Zudem berichtet er, dass es im Bereich der SGB II-Bedarfsgemeinschaften

zwar einen Anstieg gegeben habe, welcher allerdings deutlich weniger stark ausgefallen sei als zwischenzeitlich befürchtet.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass sich die Auswirkungen der Covid 19-Pandemie in vielen Sektoren zeigen werden und deshalb von städtischer Seite in vielen verschiedenen Zusammenhängen beachtet und bearbeitet werden sollten.

Aus dem Ausschuss heraus wird die in Anbetracht multidimensionaler Problemlagen und Herausforderungen große Bedeutung interdisziplinären Arbeitens hervorgehoben.

Zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgestellten zukünftigen Handlungsschwerpunkten werden aus dem Plenum folgende Themen genannt: Bildungschancen, Kindeswohl, Situation von Menschen mit Behinderung, Sicherung bürgerschaftlichen Engagements.

Es wird vereinbart, die durch Verwaltung und Plenum benannten zukünftigen Handlungsschwerpunkte nicht zu priorisieren, sondern diese gleichberechtigt weiterzubearbeiten.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die sich aus den im Vorfeld der Sitzung durch die Ausschussmitglieder schriftlich eingereichten Fragen ergebenden Themen und Handlungsfelder sowie die während der Sitzung besprochenen Inhalte jeweils einem der beiden beteiligten Ausschüsse zuzuordnen. Die weitere Ausarbeitung erfolgt durch die Verwaltung. Zudem sollen regelmäßige Sachstandsberichte in den Ausschüssen abgegeben werden.

Herr Bollen präsentiert zur zukünftigen Ausgestaltung der Sozialberichterstattung. Er geht darauf ein, dass Berichterstattung aus Sicht der Verwaltung weitgehend neutral erfolgen sollte, um politischen Prozessen nicht vorzugreifen. Des Weiteren stellt er in Aussicht, die Berichterstattung, analog zu den im Verlauf der Sitzung eingebrachten Impulsen, um zentrale Handlungsfelder aus Sicht der Verwaltung zu ergänzen. In Abhängigkeit von den technischen Möglichkeiten soll die Berichterstattung außerdem um thematische Karten in ergänzt werden.

Der Erste Stadtrat Hillgruber betont, kommunale Sozialberichterstattung werde weiterhin primär Datenberichterstattung sein, die aber an geeigneten Stellen um Interpretationshilfen ergänzt werden soll. Dieses Verfahren findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Die Vorsitzenden schließen die Sitzung um 20.22 Uhr.

f .d. Richtigkeit

gez. Urte Kringel
(Ausschussvorsitzende JHA)

gez. Sami Inci
(Ausschussvorsitzender SGA)

Arne Bollen
(Protokollführer)